Institut für Umweltrecht
Im Auftrag der Umwelt

JOHANNES KEPLER
UNIVERSITÄT LINZ

Univ.-Prof.in Mag.a Dr.in
Erika WAGNER
Vorständin des Instituts für Umweltrecht; Leiterin der Abteilung umweltrechtliche Grundlagenforschung

T +43 732 2468 3571
F +43 732 2468 3579
erika.wagner@jku.at

Sekretariat:
Renate Madlmayr
DW 3570
Renate.madlmayr@jku.at

Presseinformation
„JKU Linz war Treffpunkt internationaler Fachleute im Bereich des Spannungsfeldes Erneuerbare Energie und Biodiversität“

Pressekontakt:
Institut für Umweltrecht, JKU Linz, 4040 Linz, Altenberger Straße 69
iur@jku.at

Ansprechperson:
Univ.-Prof.in Dr.in Erika Wagner, erika.wagner@jku.at, +43 699 12830579

JOHANNES KEPLER UNIVERSITÄT LINZ
Altenberger Straße 69
4040 Linz, Österreich
www.jku.at
DVR 0093696

JKU Linz war Treffpunkt internationaler Fachleute im Bereich des Spannungsfeldes Erneuerbare Energie und Biodiversität

Zu einer Tagung, die sich mit den Herausforderungen, die Klima- und Artenschutz an Gesellschaft und Politik stellen, haben sich am 3. und 4. Mai 2023 hochqualifizierte Fachleute verschiedenster Disziplinen aus Österreich, Tschechien und Deutschland an der JKU Linz getroffen.

Die Tagung wurde vom Institut für Umweltrecht der JKU Linz in Kooperation mit dem Institut für Naturschutz und Naturschutzrecht Tübingen und der Karls-Universität Prag veranstaltet und von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt gefördert.

Die Bedeutung der hochrangig besetzten Tagung wurde auch dadurch unterstrichen, dass sich Markus Achleitner, Landesrat für Wirtschaft, Energie und Raumordnung, Umweltlandesrat Stefan Kaineder und die Abgeordnete zum Nationalrat Astrid Rössler mit inhaltlichen Beiträgen beteiligt haben.

Alle Teilnehmenden waren sich darin einig, dass die Erreichung der für 2030 und 2050 geplanten globalen Biodiversitäts-, Klima- und Nachhaltigkeitsziele nur gelingen kann, wenn endlich bei allen Maßnahmen Klimaschutz, Biodiversitätserhalt und die Einbindung der gesellschaftlichen Akteure zusammen betrachtet werden.

Der Schwerpunkt der Tagung lag vor allem auf den rechtlichen Rahmenbedingungen.

Als konkrete Forderungen und Ergebnisse der Konferenz nennt Univ.-Prof.^{in} Dr.^{in} Erika Wagner, Vorständin des Instituts für Umweltrecht der JKU Linz: „Das Spannungsfeld zwischen dem dringend erforderlichen Ausbau Erneuerbarer Energien und dem Schutz der Biodiversität lässt sich durch geeignete rechtliche Rahmenbedingungen lösen. Zielvorschreibungen alleine sind zu wenig, die EU-Vorgaben umzusetzen. Dringend notwendig ist die Umsetzung von Go- und No-Go-Gebieten für Erneuerbare Energien in der Raumordnung. Auf den letztgenannten Flächen darf zum Schutz der Biodiversität nicht eingegriffen werden. Wir brauchen weiters einen konsistenten Rechtsrahmen für sogenannte Ausgleichsflächen, also Flächen, die als Kompensation für den Eingriff in die Biodiversität hergestellt und dauerhaft geschützt werden müssten.

Auch der Experte im Genehmigungsregime Univ.-Prof. RA Dr. Wilhelm Bergthaler sieht dringenden Handlungsbedarf: „Das Planungsrecht muss hier Farbe bekennen. Nur eine detaillierte Prüfung der Pläne kann dazu führen, die UVP entfallen zu lassen, wie dies die Beschleunigungsverordnung der EU nun möglich macht.“

Gerne stehen wir unter den auf der Titelseite angeführten Kontaktmöglichkeiten für Nachfragen zur Verfügung!

Die Ergebnisse der Tagung werden auch von einer jüngst durchgeführten Studie bestätigt, an der ein internationales Team von Wissenschaftler*innen beteiligt war. Die Studie ist das Ergebnis eines Workshops, den die Intergovernmental Science-Policy Platform on Biodiversity and Ecosystem Services (IPBES) und das Intergovernmental Panel on Climate Change (IPPC), beide auch bekannt als „Weltbiodiversitätsrat“ und „Weltklimarat“, gemeinsam durchführten.

Als Hintergrundinformation zur Studie von IPBES und IPCC kann die Presseinformation des Informationsdienstes Wissenschaft - idw vom 21.04.2023 dienen:

Klima- und Biodiversitätskrise dürfen nicht isoliert betrachtet werden

Informationsdienst Wissenschaft - idw - Pressemitteilung
Karlsruher Institut für Technologie, Monika Landgraf, 21.04.2023 10:42

Der Klimawandel hat zusammen mit dem intensiven Nutzen und Zerstören natürlicher Ökosysteme einen beispiellosen, fortschreitenden Artenschwund ausgelöst. Häufig werden die Klima- und die Biodiversitätskrise aber wie getrennte Katastrophen behandelt. Ein internationales Team aus Forschenden, an dem auch das Karlsruher Institut für Technologie (KIT) beteiligt ist, fordert nun ein Umdenken: In ihrer im Fachmagazin Science veröffentlichten Übersichtsstudie betonen sie die Dringlichkeit, möglichst nahe am 1,5-Grad-Ziel zu bleiben, und unterstützen unter anderem das Vorhaben, mindestens 30 Prozent der Land-, Süßwasser- und Ozeanflächen unter Schutz zu stellen. (DOI: 10.1126/science.abl4881)

Die menschengemachte Klimakrise hat Folgen für den ganzen Planeten – beispielsweise verschiebt sich die Verteilung von Niederschlägen, der globale Meeresspiegel steigt, Extremwetterereignisse werden häufiger und die Ozeane versauern zunehmend. Zugleich schreitet der Verlust von Tier- und Pflanzenarten weltweit voran.

„Wir müssen Klima- und Artenschutz zwingend zusammen denken. Denn Maßnahmen, die sich beispielsweise allein auf den Klimaschutz konzentrieren, können sich durchaus auch negativ auf die Biodiversität auswirken“, sagt Professorin Almut Arneth vom Institut für Meteorologie und Klimaforschung – Atmosphärische Umweltforschung, dem Campus Alpin des KIT in Garmisch-Partenkirchen, und Mitautorin der Studie. „Beide Systeme funktionieren nur zusammen. Gesunde arten- und funktionsreiche Ökosysteme etwa tragen viel zur Minderung des Klimawandels bei.“

Laut der Übersichtsstudie haben menschliche Aktivitäten rund 75 Prozent der Landoberfläche und 66 Prozent der Ozeangebiete der Erde stark verändert. Durch Zerstörung von Lebensräumen und Übernutzung sind mehr Arten vom Aussterben bedroht als jemals zuvor in der Geschichte der Menschheit, was durch den Klimawandel weiter verstärkt wird. Die Erwärmung und die Zerstörung natürlicher Lebensräume reduzierten auch die Speicherkapazitäten von Organismen, Böden und Sedimenten für Kohlenstoff, was wiederum die Klimakrise verschärfe, so die Forschenden. Weil Organismen bestimmte Toleranzfenster für Umweltbedingungen wie die Temperatur haben, verschieben sich infolge der globalen Erwärmung die Lebensräume der Arten oder sie verschwinden ganz.

Renaturierung mindert Artensterben und bindet CO_2

Um der Klima- und Biodiversitätskrise zu begegnen, schlagen die Forschenden ein Aktionspaket aus Emissionsreduktion, Renaturierungs- und Schutzmaßnahmen, intelligentem Management von Nutzflächen sowie institutionsübergreifenden Kompetenzen in der Politik vor. „Ganz oben auf der Prioritätenliste steht natürlich nach wie vor die massive Reduktion der Treibhausgasemissionen und die Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels“, sagt Professor Hans-Otto Pörtner vom Alfred-Wegener-Institut, Helmholtz-Zentrum für Polar- und Meeresforschung und Leitautor der Studie. Darüber hinaus müssten mindestens 30 Prozent der Land-, Süßwasser- und Ozeanflächen unter Schutz gestellt oder renaturiert werden, um die größten Biodiversitätsverluste zu vermeiden und die Funktionsfähigkeit der natürlichen Ökosysteme zu erhalten. Das helfe auch im Kampf gegen den Klimawandel. „Die tatsächliche Umsetzung des vor Weihnachten 2022 beschlossenen Kunming-Montreal Protokolls zum Schutz der Biodiversität hat daher ebenso hohe Priorität wie das Pariser Klimaabkommen“, betont Arneth.

Laut der Studie könnte schon eine weitgehende Renaturierung von 15 Prozent der zu Nutzland umgeformten Flächen ausreichen, um 60 Prozent der noch zu erwartenden Aussterbeereignisse zu verhindern. Zudem könnten damit bis zu 300 Gigatonnen Kohlendioxid langfristig aus der Atmosphäre entnommen und gebunden werden, was 12 Prozent des seit Beginn des Industriezeitalters insgesamt ausgestoßenen Kohlenstoffs entspräche.

Nachhaltige Maßnahmen schonen Ressourcen, sichern die Lebensmittelversorgung und verstärken die CO_2-Aufnahme

Weiterhin schlagen die Studienautorinnen und -autoren vor, Schutzgebiete nicht als isolierte Rettungsinseln für Artenvielfalt zu begreifen, sondern als Teil eines Netzwerks, das Gebiete mit naturnaher Wildnis über Migrationskorridore miteinander verbindet. Dabei gelte es, vor allem indigene Gesellschaften in das Schutzmanagement einzubinden und staatlich zu unterstützen. In der Landwirtschaft und Fischerei gehe es um ein nachhaltiges Nutzen der Flächen, das Ressourcen schont und die Lebensmittelversorgung

sichert. Konzepte, die zu einer verstärkten Kohlendioxidaufnahme und Kohlenstoffbindung in Biomasse und Böden führen, seien dabei zu bevorzugen. Zugleich gehe es darum, Refugien für Arten zu schaffen, die ihrerseits den Ertrag erst möglich machen, wie Insekten, die Obstbäume bestäuben. In Städten schließlich sollte nach Einschätzung der Forschenden vor allem die Verbesserung der Kohlendioxid-Bilanz absolute Priorität haben.

Damit die für 2030 und 2050 geplanten globalen Biodiversitäts-, Klima- und Nachhaltigkeitsziele erreicht werden können, müssen bei allen Maßnahmen Klimaschutz, Biodiversitätserhalt und soziale Vorteile für die lokale Bevölkerung zusammengedacht werden, so das Fazit der Studie.

Die Studie ist das Ergebnis eines Workshops, den die Intergovernmental Science-Policy Platform on Biodiversity and Ecosystem Services (IPBES) und das Intergovernmental Panel on Climate Change (IPPC), beide auch bekannt als „Weltbiodiversitätsrat“ und „Weltklimarat“, gemeinsam durchführten.

Als „Die Forschungsuniversität in der Helmholtz-Gemeinschaft“ schafft und vermittelt das KIT Wissen für Gesellschaft und Umwelt. Ziel ist es, zu den globalen Herausforderungen maßgebliche Beiträge in den Feldern Energie, Mobilität und Information zu leisten. Dazu arbeiten rund 9 800 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf einer breiten disziplinären Basis in Natur-, Ingenieur-, Wirtschafts- sowie Geistes- und Sozialwissenschaften zusammen. Seine 22 300 Studierenden bereitet das KIT durch ein forschungsorientiertes universitäres Studium auf verantwortungsvolle Aufgaben in Gesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft vor. Die Innovationstätigkeit am KIT schlägt die Brücke zwischen Erkenntnis und Anwendung zum gesellschaftlichen Nutzen, wirtschaftlichen Wohlstand und Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Das KIT ist eine der deutschen Exzellenzuniversitäten.

Wissenschaftliche Ansprechpartner:
Sandra Wiebe
Pressereferentin
Tel.: +49 721 608-41172
sandra.wiebe@kit.edu

Originalpublikation:
H.-O. Pörtner, R. J. Scholes, A. Arneth, D.K.A. Barnes, M.T. Burrows, S.E. Diamond, C.M. Duarte, W. Kiessling, P. Leadley, S. Managi, P. McElwee, G. Midgley, H.T. Ngo, D. Obura, U. Pascual, M. Sankaran, Y.J. Shin, A.L. Val: Overcoming the coupled climate and biodiversity crises and their societal impacts. Science, 2023. DOI: 10.1126/science.abl4881
https://doi.org/10.1126/science.abl4881
Weitere Informationen finden Sie unter
https://www.kit.edu/kit/pi_2023_klima-und-biodiversitaetskrise-duerfen-nicht-isoliert-betrachtet-werden.php
https://www.klima-umwelt.kit.edu/
Zu dieser Mitteilung finden Sie die folgenden Bilder:
Arten- und funktionsreiche Ökosysteme können viel zur Minderung des Klimawandels beitragen. (Foto: Anastasiya Sultanova, KIT)

Arten der Pressemitteilung:
Forschungsergebnisse
Wissenschaftliche Publikationen

Sachgebiete:
Biologie
Meer / Klima
Umwelt / Ökologie

Die gesamte Pressemitteilung können Sie im WWW abrufen unter:
https://idw-online.de/de/news813025

Kontaktdaten zum Absender der Pressemitteilung stehen unter:
Karlsruher Institut für Technologie